

6172/AB
Bundesministerium vom 09.06.2021 zu 6189/J (XXVII. GP)
bma.gv.at
Arbeit

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

martin.kocher@bma.gv.at
+43 1 711 00-0
Taborstraße 1-3, 1020 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.262.052

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6189/J-NR/2021

Wien, am 09. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Herr, Genossinnen und Genossen haben am 09.04.2021 unter der **Nr. 6189/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Maßnahmen der Regierung zu Herausforderungen des Strukturwandels und Bekämpfung einer drohenden Massenarbeitslosigkeit** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5051/J vom 20.01.2021 verweisen.

Zur Frage 1

- *Sie selbst betonen in ihren bisherigen Aussagen die Notwendigkeit von Zielen, Maßnahmen und Prozessen, um die wirtschaftlichen Chancen des ökologischen Wandels zu nutzen. Welche Strategien, Prozesse und Maßnahmen sind im Umgang mit dem notwendigen und raschen strukturellen Wandel geplant?*

Mit der Corona-Joboffensive, dem Comeback-Plan, dem Recovery Fund und dem Just Transition Fund besteht ein abgestimmtes Paket, um die nachhaltige und ökologische Transformation der österreichischen Wirtschaft auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht zu gestalten.

Zu den Fragen 2 und 3

- *Wann werden Sie dem österreichischen Nationalrat die für die genannten Strategien, Prozesse und Maßnahmen notwendige Gesetzesentwürfe vorlegen?*
- *In welcher Form werden Beschäftigte sowie Arbeitssuchende bzw. deren Interessenvertretungen in die Erstellung einer solchen Strategie eingebunden werden?*

Die Strategieentwicklung erfolgt unter Einhaltung des Partnerschaftsprinzips, indem die regionalen umsetzenden Stellen sowie die regionalen Interessensgruppen in die Planung eingebunden werden.

Zu den Fragen 4 bis 7

- *Welche konkreten Maßnahmen und welche Instrumente wollen sie umsetzen, um die Beschäftigungschancen des ökologischen Wandels rasch und bestmöglich zu nutzen?*
- *Wie werden diese Maßnahmen in eine Strategie eingebunden?*
- *Welcher zeitliche Ablauf ist für diese Strategie und die damit verbundenen Maßnahmen vorgesehen?*
- *Im Angesicht der Massenarbeitslosigkeit in Folge der Corona-Pandemie und dem Ruf der Wirtschaft nach Fachkräften, gerade in ökologischen Zukunftsbereichen braucht es ein breites und maßgeschneidertes Qualifizierungsangebot. Welche konkreten Maßnahmen und Instrumente planen Sie dafür?*

Die Bundesregierung hat in Reaktion auf die pandemiebedingte Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise vor allem mit der Corona-Joboffensive zukunftsweisende Akzente zur Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Aus- und Weiterbildungsstrategie gesetzt. Mit diesem Maßnahmenvorhaben wird nämlich nicht nur die größte Qualifizierungsinitiative der Zweiten Republik umgesetzt, sondern auch eine stärkere Fokussierung auf – am Arbeitsmarkt künftig stark nachgefragte – Ausbildungsinhalte, wie unter anderem auch Umwelt und Nachhaltigkeit, angestrebt. So sollen etwa bis Ende des Jahres 2021 rund 3.200 Personen in Maßnahmen einbezogen werden, die dem ökologischen Qualifizierungsschwerpunkt zuzuordnen sind.

Weitere Pläne der Bundesregierung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Coronakrise haben das Ziel, 500.000 Personen aus Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in normale Beschäftigung zu bringen. Dafür wird ein Bündel an Maßnahmen erarbeitet, um die Menschen auf die Herausforderungen der Zukunft am Arbeitsmarkt vorzubereiten. Der Comebackplan setzt sich aus mehreren Komponenten, wie z.B. der Aufbau- und Resilienzfazilität, aber auch aus einer Reihe von nationalen Maßnahmen, wie dem Programm Sprungbrett, einer breit angelegten Beschäftigungsinitiative für langzeitbeschäftigte Menschen, zusammen.

Zu den Fragen 8 bis 10

- Der massive Ausbau erneuerbarer Energie im Stromsektor (Erneuerbaren Ausbaugesetz), die Umrüstung von Heizungssystemen („Raus aus dem Öl“), die Steigerung der Energieeffizienz („Energieeffizienzgesetz und thermische Sanierung“) sind nur einige Bereich wo schon jetzt dringend Fachkräfte benötigt werden. Dabei geht es nicht nur um die technische Installation, sondern auch um Dienstleistungen wie etwa Energieberatung. Wie hoch ist das Potential für zusätzliche Beschäftigung in diesen Bereichen in den kommenden Jahren? Bitte nennen Sie konkrete Zahlen für die Jahre 2021 bis 2030 und schlüsseln Sie diese für die genannten Bereiche sowie nach Tätigkeit auf.
- Wenn Sie detaillierte Zahlen nennen konnten: Auf welchen wissenschaftlichen Studien beruhen die von Ihnen genannten Zahlen über das Potenzial zusätzlicher Beschäftigung durch die von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen im Bereich der Klimapolitik?
- Wenn Sie keine detaillierten Zahlen nennen konnten: Warum verfügt das Bundesministerium für Arbeit über keine fundierte Abschätzung des durch klimapolitische Maßnahmen ausgelösten Fachkräftebedarfs?

Die Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen (thermische Gebäudesanierung, Investitionen in erneuerbare Energien, Erhöhung der Energieeffizienz, Erhöhung der Ressourceneffizienz, CO₂ Bepreisung mit Ökobonus, Preissteigerungen im ETS, Abbau klimaschädlicher Subventionen und Maßnahmen im Verkehr) zur Erreichung der CO₂-Reduktionziele bis 2030 untersucht die Studie von Großmann et al. (2020) mit dem Titel „Die Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen auf den österreichischen Arbeitsmarkt“. Bezuglich der Beschäftigungspotenziale und gesamtwirtschaftlichen Effekte auf den Arbeitsmarkt stellt die Studie fest, dass diese insgesamt gering sind, es wird allerdings mit erheblichen Reallokationseffekten in Bezug auf Branchen und Berufe zu rechnen sein. Nach Branche betrachtet steigt die Beschäftigung im Baugewerbe (+12 Tsd. Personen), bei „HerstellerInnen von EDV-Geräten, elektronischen, optischen Erzeugnissen, elektrischen Ausrüstungen“ (+6 Tsd. Personen), bei „Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, ArchitektInnen, Forschung und Entwicklung, Werbung, sonstigen freiberuflichen Tätigkeiten, Veterinärwesen“ (+4 Tsd.), in der Branche „Erziehung und Unterricht“ (+4 Tsd.) und bei „HerstellerInnen von Textil, Bekleidung, Holz, Papier, Druck, Kokerei, Chemie, Gummi, Glas, Möbel, sonstige Waren, Reparatur und Installation“ (+knapp 4 Tsd.). Eine Abnahme ist in „Verkehr, Lagerei, Post“ (-13 Tsd. Personen), in „Beherbergung, Gastronomie“ (-7 Tsd.), „Metallerzeugung, -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ (rund -2 Tsd.), „Land- Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei“ (-2 Tsd.) und „Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, Rückgewinnung, sonst. Entsorgung“ (-2 Tsd.) zu beobachten.

Gefragte Berufsgruppen sind insbesondere für Sanierungsaktivitäten und den Ausbau erneuerbarer Energien die „(Aus-)Baufachkräfte und verwandte Berufe, exkl. ElektrikerInnen“ (knapp +5 Tsd.), „NaturwissenschaftlerInnen, MathematikerInnen, IngenieurInnen“ (+3 Tsd.) und „Ingenieurtechnische Fachkräfte“ (+2 Tsd.). Wegen des höheren Beratungs- und Weiterbildungsbedarfs sind 2,6 Tsd. zusätzliche Lehrkräfte gefragt. Weniger Beschäftigte soll es bei „BedienerInnen stationärer und mobiler Anlagen, Maschinen und Montageberufe“ (-4 Tsd.), bei „Büro- und Sekretariatskräften“ (-2 Tsd.), in „Berufen im Bereich personenbezogener Dienstleistungen“ (-3,5 Tsd. Personen) und bei Fachkräften in der Land- und Forstwirtschaft (-1,6 Tsd. Personen) geben. Die Studie enthält noch ein zweites Szenario betreffend einer Zielerreichung sowie zahlreiche weitere Analysen und ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.gws-os.com/de/index.php/publikationen/details/2020-die-auswirkungen-von-klimapolitischen-massnahmen-auf-den-oesterreichischen-arbeitsmarkt.html>

Zu den Fragen 11 bis 13

- *Welche Maßnahmen haben Sie bereits ergriffen, um diesen absehbaren Fachkräftebedarf abzudecken und die entsprechenden Beschäftigungschancen nutzen zu können?*
- *Welche Maßnahmen planen Sie, um diesen absehbaren Fachkräftebedarf abzudecken und die entsprechenden Beschäftigungschancen nutzen zu können?*
- *In welcher Form sind die Beschäftigten bzw. deren Interessenvertretungen in die Planung der entsprechenden Maßnahmen und Strategien eingebunden?*

Ich erlaube mir hierzu auch auf die Beantwortung zu den Fragen 4 bis 7 zu verweisen.

Die Entwicklung des Aus- und Weiterbildungsbildungsangebotes in diesem Bereich unterliegt einem laufenden Bewertungs- und Qualitätssicherungsprozess und erfolgt in enger Abstimmung mit den sich wandelnden Erfordernissen am Arbeitsmarkt, wobei sich die Ökologisierung bzw. der Wandel zu energie- und umweltschonenden Fertigungsprozessen schon seit einigen Jahren als zukunftsorientierter Megatrend abzeichnet. In diesem Sinne wurden und werden die Ansätze einer „arbeitsplatznahen Qualifizierung“ in Richtung eines schon konkret bestehenden Personalbedarfs ausgebaut oder z.B. im Rahmen des AMS-Programms „New Skills“ in Zusammenarbeit mit Branchenfachleuten innovativer Leitbetriebe neue Kursformate im Bereich Bauökologie, Energie- und Umwelttechnik entwickelt und umgesetzt.

Das „New Skills“ Programm erfolgt in Kooperation mit den Sozialpartnern, um Unternehmen, Beschäftigte und Arbeitsuchende dabei zu unterstützen, sich möglichst frühzeitig und zielgerichtet auf neue Trends in der Arbeitswelt vorbereiten zu können.

Das AMS führt jährlich institutionalisierte Gespräche durch, in denen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Berufsbereichen kurz- bis mittelfristige Qualifizierungserfordernisse identifizieren. Diese Ergebnisse fließen in die Gestaltung von innovativen Angeboten sowohl in der betrieblichen Weiterbildung als auch im arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungsbereich ein.

Zur Frage 14

- *Die Auswirkungen der notwendigen Dekarbonisierung werden regional sehr unterschiedlich sein (Vgl. WIFO bzw Streicher et al (2020): Landkarte der "(De-)Karbonisierung" für den produzierenden Bereich in Österreich). Welche Regionen (politische Bezirke) sind aus Sicht ihres Bundesministeriums besonders betroffen?*

Die negativen Auswirkungen der Dekarbonisierung auf den Arbeitsmarkt sind in jenen Regionen am stärksten, in denen die von Dekarbonisierung und Klimamaßnahmen betroffenen Sektoren eine besonders große Bedeutung zukommt. Das betrifft insbesondere die Produktion mit hohen Emissionen, wie beispielsweise die Metallindustrie. Darunter fallen Gebiete, die teilweise schon sehr lange von einem Strukturwandel betroffen sind. In Österreich sind dies insbesondere Leoben und Mürzzuschlag, Reutte in Tirol oder auch Linz, wobei dieser Bezirk auch einen hohen Dienstleistungsanteil hat. Dies ist auch auf der Landkarte der (De-)Karbonisierung des WIFO deutlich ersichtlich.

Zu den Fragen 15 bis 18 und zur Frage 21

- *Wie planen Sie die beschäftigungspolitischen Herausforderungen dieser so unterschiedlichen Regionen zu adressieren?*
- *Gibt es bereits mit anderen Ministerien abgestimmte Strategie, im Sinne von „Just Transition“, um sicherzustellen, dass von Arbeitslosigkeit oder Einkommensverlusten betroffenen Menschen, eine neue gute Arbeit erhalten?*
- *In welcher Form erfolgt der Dialog mit den politischen Verantwortlichen der entsprechenden Regionen und den Interessensvertretungen der Beschäftigten in den Regionen?*
- *Gibt es zu den regionalen Maßnahmen Gespräche mit der für Regionen zuständigen Landwirtschaftsministerin?*
 - *Wenn ja, welchen Beitrag leistet das BMLRT dazu?*
- *Wie planen Sie die Mittel aus dem „Just Transition Fonds“ zur Qualifizierung und Unterstützung stark betroffener Regionen einzusetzen?*

Ein zentrales Instrument zur Sicherstellung eines gerechten Überganges zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist auf europäischer Ebene der „Just Transition Mechanism“. Durch Konzentration auf die am stärksten betroffenen Gebiete trägt der Just Transition Mechanism zur Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Überganges bei.

Er stützt sich auf drei Säulen: (1) Einen Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund/JTF), (2) eine spezielle Regelung im Rahmen von InvestEU, (3) eine neue EIB-Darlehensfazilität. Der Just Transition Fund wird in Österreich als Teil der Programme des ESF+ und des EFRE umgesetzt. Um Zugang zu den Mitteln des JTF zu erhalten, wird zunächst in einem Just Transition Plan (JTP) unter anderem festgelegt, in welchen Regionen der Fonds zum Einsatz kommt, welche Herausforderungen in diesen Gebieten bestehen und mit welchen Maßnahmenarten diese bewältigt werden sollen. Die Frage, welche Gebiete erfasst werden, ist seitens der Europäischen Kommission noch offen.

Die Ausarbeitung des JTP sowie die Abstimmung mit relevanten Interessensgruppen gemäß dem Partnerschaftsprinzip liegt in der Verantwortung der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK). Das Bundesministerium für Arbeit ist in die Ausarbeitung des JTP eingebunden.

Im Programm des ESF+ soll der JTF Maßnahmen zur Weiterqualifizierung und Umschulung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden, zur Unterstützung Arbeitssuchender bei der Arbeitssuche sowie zur aktiven Eingliederung von Arbeitssuchenden unterstützen. Die Unterstützung durch den JTF soll möglichst umfassend sein, wie präventive Maßnahmen zur Anpassung der Kompetenzen, betriebliche und überbetriebliche Qualifizierungsmodelle und Maßnahmen und Modelle zum Kompetenzaufbau.

Die Programmierung im Rahmen des ESF+ erfolgt unter Einhaltung des Partnerschaftsprinzips, indem die regionalen umsetzenden Stellen sowie die regionalen Interessensgruppen in die Planung eingebunden werden.

Zu den Fragen 19 und 20

- *Welche internationalen Beispiele für Strategien und Maßnahmen im Sinne von „Just Transition“ sind Ihnen bekannt?*
- *Welche dieser Strategien und Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht besonders erfolgreich und könnten als gutes Beispiel für Österreich dienen?*

Internationale Beispiele, die eins zu eins in Österreich anwendbar sind, sind für die länderspezifisch sehr unterschiedlichen Herausforderungen und Rahmenbedingungen nicht oder nur bedingt anwendbar. Die österreichische Arbeitsmarktpolitik ist mit dem diversifizierten Angebot an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aber sehr gut in der Lage, diese Anforderungen zu meistern und betroffene Menschen bestmöglich im Transformationsprozess zu einer grüneren Wirtschaft zu unterstützen.

Zu den Fragen 22 und 23

- *Der Grundstein für Fähigkeiten und Know-How am Arbeitsmarkt einer CO2-freien Wirtschaft wird schon im Bildungs- und Ausbildungssystem gelegt. Welche*

Maßnahmen und konkreten Projekte gibt es in Abstimmung mit dem Bildungsminister, um hier rasch zu reagieren?

- *Die Zukunft Österreichs hängt auch vom Potenzial der jungen Generation ab. Welche Strategien, Maßnahmen und Pläne gibt es in Abstimmung mit der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort die Lehr- und Berufsausbildung entsprechend der Potenziale auszurichten?*

Die seit 2017 geltende Ausbildungspflicht und das begleitende Programm „AusBildung bis 18“ wird federführend durch das Bundesministerium für Arbeit in enger Abstimmung insbesondere mit dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung umgesetzt. Dieses Programm zielt genau darauf ab, die Potenziale aller jungen Menschen zu nutzen und jeder und jedem Jugendlichen mit beendeter Schulpflicht eine weiterführende Bildung oder Ausbildung zu ermöglichen. Im Zuge der Einführung der Ausbildungspflicht bis 18 wurde seit 2017 ein systemübergreifendes Unterstützungsangebot für ausgegrenzte bzw. ausgrenzunggefährdete Jugendliche auf- und ausgebaut.

An dieser Stelle darf auf die enge Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Bereich der betrieblichen Lehrausbildung und der damit zusammenhängenden Fördermaßnahmen verwiesen werden. Im Jänner 2021 wurde mit dem „Digi-Check“ ein neues Angebot etabliert, wodurch Lehrlingen die Teilnahme an Kursen, welche die Inhalte des Berufsbildes oder der Berufsschule sowie berufsbildübergreifende berufliche Kompetenzen vermitteln oder festigen soll, zu 100 % gefördert wird. Neben Inhalten des Berufsbildes wird dabei auch explizit der Erwerb von Kenntnissen im Bereich Ressourcenmanagement und Klimaschutz durch entsprechende Kursangebote gefördert.

Zur Frage 24

- *Da sich der Wandel rasch vollziehen soll und Österreich die Klimaneutralität bis 2040 anstrebt, braucht es auch zeitliche Vorgaben und Zielsetzungen. Wie sehen Ihre zeitlichen Pläne in der raschen Reaktion für Qualifizierungsmaßnahmen in Zukunftsbereiche aus und welche Schwerpunkte werden in der Qualifizierung gesetzt?*

Sobald konkrete Maßnahmen im Klimaplan festgelegt werden, folgen adäquate arbeitsmarktpolitische Qualifizierungsmaßnahmen, die sich an den bewährten Leitprinzipien einer zielorientierten Steuerung und einer möglichst bedarfsgerechten, regionalen Umsetzung orientieren.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

